

«Die Schweiz hat die Neutralität aufgegeben» – «Nein, sie lässt Spielraum zu»

Sind Munitionslieferungen an die Ukraine und der Beitritt zum UNO-Sicherheitsrat mit der Neutralität vereinbar? Nationalrat Franz Grüter und Ständerätin Andrea Gmür debattieren zum 1. August über die Rolle der Schweiz angesichts des Kriegs in Europa.

Interview: Jonas Hess

Seit dem russischen Angriff auf die Ukraine wird in der Schweiz intensiv darüber diskutiert, wie sich ein neutrales Land während eines Krieges auf europäischem Boden verhalten soll. Und spätestens seitdem die Schweiz wirtschaftliche Sanktionen der EU gegen Russland übernommen hat, sehen einige Politikerinnen und Politiker die Neutralität der Schweiz in Gefahr. Auf der Gegenseite fordert man die Aufgabe der sogenannten integralen Neutralität und eine Neudefinition des Begriffs.

Direkt betroffen von dieser Debatte sind Nationalrat Franz Grüter (SVP) und Ständerätin Andrea Gmür (die Mitte). Die Luzernerin und der Luzerner beschäftigen sich in der jeweiligen aussenpolitischen Kommission ihrer Kammer mit der Rolle der Schweiz auf internationalem Terrain. Das Gespräch mit Gmür und Grüter fand per Videocall statt, da beide zurzeit in den Ferien weilen.

Andrea Gmür, wo werden Sie den 1. August feiern?

Andrea Gmür: Den Nationalfeiertag werde ich im Familienkreis feiern. Für mich ist vor allem unsere Bundesfeier vom 31. Juli wichtig, die wir auf dem Europaplatz in Luzern mit Bundesrat Alain Berset durchführen.

Franz Grüter, Sie sind von Norwegen zugeschaltet. Wo werden Sie am 1. August sein?

Franz Grüter: Die Reise nach Skandinavien war schon länger ein Wunschtraum von uns und findet wegen Corona nun in diesem Jahr statt. Am 1. August werde ich noch in Norwegen sein und im kleinen Rahmen mit meiner Frau feiern.

Andrea Gmür, mit welchem Gefühl werden Sie den 1. August feiern, angesichts eines Krieges in Europa?

Gmür: In diesem Jahr hat der

1. August eine noch grössere Bedeutung als sonst. Im Bewusstsein darüber, dass die Freiheit nicht selbstverständlich ist. Wir sind ein freies und unabhängiges Land und haben eine Verantwortung gegenüber anderen Staaten. Solidarität hat bei uns einen hohen Stellenwert. Diese Werte müssen wir hochhalten und uns gleichzeitig der Rolle in der Welt bewusst werden.

Diese Rolle beinhaltet auch, dass der Bundesrat die Neutralität der Schweiz gerade neu auslegt. Franz Grüter, entgegen dem Willen der SVP wurden Sanktionen gegen das kriegsführende Russland ergriffen. Ist Ihre Feierlaune getrübt?

Grüter: Der 1. August ist der Tag, um sich zurückzubedenken, was unsere Werte sind. Daher ist es sicher ein guter Zeitpunkt, um über die Bedeutung der Neutralität nachzudenken. In den vergangenen Monaten wurden grosse Fehlentscheidungen getroffen.

«Grundsätzlich macht eine gewisse Kooperation mit der Nato Sinn.»



Andrea Gmür
Luzerner Mitte-Ständerätin

Die Schweiz hat durch die Übernahme der EU-Sanktionen gegen Russland die Neutralität nicht angekratzt, sondern aufgegeben. So wird es auch im Ausland und der internationalen Presse wie der «New York Times» wahrgenommen.

Gmür: Das sehe ich überhaupt nicht so. Die Neutralität war nie ein fixer Begriff, sie hat sich immer entwickelt. Partizipation und Solidarität waren schon 1993, als der Neutralitätsbericht letztmals überarbeitet wurde, ein grosses Thema. Wir in der Schweiz sind keine Insel der Glückseligen, die so tun können, als würde uns alles rundherum nichts angehen. Wenn wir uns zu nichts äussern und den Kopf in den Sand stecken, profitiert nur der russische Präsident Putin. Deshalb war auch die Übernahme der wirtschaftlichen Sanktionen absolut richtig. Das erlaubt unser Neutralitätsrecht. Wenn wir uns da zurückgehalten hätten, wären wir nicht neutral gewesen und hätten dem Aggressor in die Hände gespielt.

Grüter: Sanktionen sind ein anderes Wort für Kriegsmaßnahmen ohne Waffen. Dass wir einseitig alle Sanktionen übernehmen, ist nicht der richtige Weg für die Schweiz. Wir sollten dafür sorgen, dass wir weiterhin als unabhängiges Land betrachtet werden. Das schliesst ein, dass wir die Umgehung von Sanktionen verhindern. Unser Ziel muss sein, dass dieser Krieg irgendwann zu Ende geht. Die Schweiz könnte hier als Vermittlerin auftreten. Durch die blinde Übernahme der Sanktionen sind wir aber Teil des Konflikts geworden, anstatt Teil der Lösung.

Gmür: Es ist naiv zu glauben, dass wir so leicht vermitteln könnten. Putin hat bisher nie Wort gehalten. Er lässt sich einzig an seinen Taten messen.

Franz Grüter, ausser der SVP sind alle Parteien der Mei-

nung, dass man sich auf die Seite des Aggressors stellt, wenn man nichts tut.

Grüter: Neutral sein heisst nicht, dass wir einen Krieg gutheissen. Neutral sein heisst für die Schweiz, dass wir uns nicht in fremde Konflikte hineinziehen lassen. Damit haben wir unser Land und unsere Bevölkerung vor zwei Weltkriegen bewahrt. Neutral sein heisst auch, dass man sich zurückhält. Es braucht irgendwo einen Ort, wo sich Streitparteien finden können. Darin besteht die wichtige Rolle der Schweiz. Ich kenne nicht viele Länder, die international als neutral anerkannt wurden. Darauf müssen wir uns zurückbesinnen.

In Ihrer Partei gibt es Exponenten wie den Zürcher Nationalrat Roger Köppel, die Mühe haben, den Angriffskrieg von Putin zu verurteilen. Was ist Ihre Haltung dazu?

Grüter: Ich kenne niemanden in unserer Partei, der den Krieg nicht verurteilt. Wir sind lediglich der Meinung, dass man mit beiden Seiten Gespräche suchen muss.

Gmür: Franz Grüter hat gerade elegant von der ursprünglichen Frage abgelenkt. Und zwar, wie die SVP zu Putin steht. Ich erwarte mal ein ganz klares Statement von der SVP und ehrlich gesagt von dir, Franz.

Verurteilen Sie den Angriffskrieg von Putin, Herr Grüter?

Grüter: Den habe ich schon mehrfach öffentlich verurteilt und du weisst das, Andrea. Ich muss Ihnen aber auch sagen, dass man am Anfang des Krieges sofort als Putin-Versteher abgestempelt wurde, wenn man nur schon von einer Pufferzone in der Ukraine sprach, damit ein Frieden möglich werden könnte. Ich habe das selbst erlebt.



Es sind stürmische Zeiten für Europa – und somit auch für die Schweiz.

Eine Situation zu analysieren, heisst jedoch nicht, sie gutzuheissen.

Zurück zum Thema Neutralität. Mitte-Präsident Gerhard Pfister will den Neutralitätsbegriff neu definieren und setzt sich sogar für Munitionslieferungen an die Ukraine über einen Drittstaat ein. Andrea Gmür: Das geht Ihnen zu weit. Warum?

Gmür: Grundsätzlich müssen wir uns die Frage stellen, wie weit wir mit den Waffenlieferungen gehen wollen. Eigentlich kann es ja nicht sein, dass wir Flugzeuge und Ersatzteile in andere Länder liefern, was laut Gesetz möglich ist, und es dann plötzlich nicht mehr tun. Wir müssen verlässlich sein und bleiben. Ansonsten müssen wir uns fragen, ob wir überhaupt noch Waffen produzieren wollen.

Das heisst, Sie sind nun doch dafür? Noch im April haben Sie gesagt, dass dies kaum mit der bewaffneten Neutralität der Schweiz vereinbar sei und man sich an geltende Gesetze halten solle.

Gmür: Selbstverständlich müssen wir uns an die geltenden Gesetze halten. Im jetzigen Moment hätte der Bundesrat aber die Möglichkeit, Notrecht anzuwenden, und ich hätte mir durch-

aus vorstellen können, dass man das macht. Die Landesregierung wollte nicht, das ist ein Entschluss, den ich akzeptiere.

Grüter: Ich staune. Es ist noch nicht lange her, da wurden «Rundschau»-Sendungen ausgestrahlt, wenn irgendwo in Afrika eine Handgranate mit Schweizer Kreuz gefunden wurde. Man hat das völlig skandalisiert und noch restriktivere Regeln für Waffenlieferungen gefordert – allen voran die Mitte und ihr Präsident Gerhard Pfister. Und jetzt die totale Kehrtwende. Im Fall der Ukraine ist es eigentlich völlig klar, dass niemals Waffen in ein Kriegsgebiet geliefert werden dürfen und das soll man auch strikte einhalten.

Das hat die SVP im Fall von Saudi-Arabien, das seit Jahren Krieg im Jemen führt, stets anders gesehen.

Grüter: Es geht nicht darum, wie wir das sehen. Es gibt Gesetze. Das Neutralitätsrecht sieht vor, keine Waffen an kriegsführende Staaten zu liefern. Das ist beim Krieg zwischen der Ukraine und Russland der Fall. Bezüglich Saudi-Arabien kenne ich die Parameter nicht, unter welchen Bedingungen der Bund Waffenlieferungen zugestimmt hat.

Nicht nur im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg gibt es Diskussionen zur Rolle der Schweiz als neutra-